

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2/XXI/169

Bonn, den 6. September 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

Neues "Image" für Erhard 48

-----  
"Durch dick und dünn"

2 - 3 86

Wissenschaft ohne Sorgen ?

-----  
Von Dr. Ulrich Lohmar  
Vorsitzender des Bundestagsausschusses  
für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik

4 30

Vor 40 Jahren

-----  
Eintritt Deutschlands in den Völkerbund am 10. September 1926

Von Dr. Manfred Geßner

5 - 6 64

-----  
Israels Gewerkschaften wollen besseren Kontakt mit dem DGB

Neuer Mann bei der Histadruth

Von unserem Korrespondenten in Israel J.S. Palmon

\* \* \*

\*\*\*\*\* ZUR BEACHTUNG \*\*\*\*\*

Der SPD-Pressedienst veröffentlicht in seiner Ausgabe vom Mittwoch, dem 7. September 1966 einen Artikel des SPD-Bundestagsabgeordneten und Finanzexperten

Dr. A L E X M Ö L L E R

zum Thema: Die unsolide Haushaltspolitik der Bundesregierung.

Dr. Alex Möller entwickelt in diesem Artikel die sozialdemokratischen Vorstellungen von einer verantwortungsvollen Finanzpolitik. Die Redaktion.

\*\*\*\*\*

## "Durch dick und dünn"

### Neues "Image" für Erhard

sp - Dem Bundeskanzler ist von seinem Beraterstab jetzt nahegelegt worden, er möge doch endlich so tun, als ob er regiere. In der Fachsprache der politischen Manager nennt man das "Image ändern".

Gesagt, getan. Aus Skandinavien zurückgekehrt, gibt sich Erhard jetzt energisch. Er fordert (!) vom Verteidigungsminister einen Bericht über die Zustände in der Bundeswehr an, und obwohl man im Bundeskanzleramt eigentlich schon seit langem wissen mußte, wie es im Hause des Herrn von Hassel aussieht, wird nunmehr versichert, der Kanzler selbst werde die Zukunft der Bundeswehr "in die Hand nehmen". Damit die Sache seriös wirkt und auch den Stempel jugendfrischer Energie trägt, soll der Kanzler - so seine Berater - in Zukunft auch nicht mehr bei Fernsehaufnahmen der Eindruck eines Gedrückten oder Fragenden machen; er soll sich das Image eines Befehlenden geben.

"Das Volk muß spüren, daß es geführt wird" - so heißt es in einer bei der CDU-Spitze kursierenden Liste von Vorschlägen für das künftige Verhalten des Kanzlers. Allerdings hat ein Referent mit Bleistift an den Rand dieses beachtlichen Dokuments die etwas ironische Bemerkung gesetzt "Aber wie?"

Die ersten Ergebnisse dieser Vorschläge finden bereits in der deutschen Presse ihren Niederschlag. Sprachregelnd wurde sogar von einer angesehenen "Zeitung für Deutschland" an die Spitze der ersten Seite die Bemerkung gestellt, Erhard wolle von Hassel "durch dick und dünn halten, sofern dies parlamentarisch möglich ist".

Aus dem Kanzlerpalais ertönen jetzt so markige Kanzlerworte wie: "Die Vergangenheit ist uninteressant, wichtig ist nur die Zukunft."

Überhaupt wird allenthalben an dem etwas weichen Kanzler herumgefeilt. Er soll in Zukunft Eckiger wirken, direkter und weniger weich. Ein Mann des Zweiten Deutschen Fernsehens hat daher empfohlen, bei künftigen Aufnahmen möge der Kanzler die Zigarre nicht immer so schwenkend halten, sondern entweder aufrecht oder stehend und auf den Zuschauer zeigend. Das wirke selbstbewußt - so der Kameramann - und hinterlasse einen guten Eindruck.

Auf dem angeblich ureigensten Fachgebiet des Bundeskanzlers, der Wirtschaftspolitik, soll Erhard ebenfalls seiner Umgebung den Eindruck der Zielbewußtheit vermitteln. Das Image des "laissez faire" soll verschwinden. Stattdessen muß bei künftigen Kanzlerreden suggeriert werden an der Spitze des Staates stehe ein Mann, der wisse, was er wolle.

Nun ist gerade das etwas kompliziert. Denn just in Skandinavien hat der Bundeskanzler staunenden Journalisten mehrfach versichert, es sei Unsinn, von wirtschaftlichen Schwierigkeiten oder gar von einer Krise der Wirtschaft in der Bundesrepublik zu reden. Man könne ganz beruhigt sein, zu Panik sei kein Anlaß. Als norwegische Wirtschaftsjournalisten nach solch optimistischen Äußerungen wissen wollten, warum denn der Herr Bundeskanzler dann für die von ihm angeblich konzipierte Wirtschafts- und Finanzpolitik die Verfassung ändern wolle, soll die gerade erst frisch angezündete Zigarre ärgerlich wieder in einen Aschenbecher gesteckt worden sein... Kommentar: Mach mal einen gut sitzenden Anzug, wenn die Figur nicht so ganz nihaut.

## Wissenschaft ohne Sorgen ?

Von Dr. Ulrich Lohmar

Vorsitzender des Bundestagsausschusses  
für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik

Bundeswissenschaftsminister Stoltenberg hat die Absicht der Bundesregierung bekräftigt, im Bundeshaushalt 1967 größere Mittel für die Wissenschaft bereitzustellen. Der Minister ist der Auffassung, daß dies angesichts des allgemeinen Zwangs zu Kürzungen ein beachtlicher Erfolg sei. Man wird von Herrn Stoltenberg nicht erwarten dürfen, daß er sein Licht unter den Scheffel stellt, aber sein optimistischer Ausblick hält einer sachlichen Prüfung doch nicht stand.

Der Minister hat angekündigt, die Mittel des Bundes für den Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen sollten um rund 100 Millionen DM erhöht werden und würden damit zu ersten Mal den Anforderungen des Wissenschaftsrates entsprechen. Dazu ist zu bemerken, daß der Wissenschaftsrat sich in seinem Bedarfsplan für 1967 nach den bitteren Erfahrungen der vergangenen Jahre dieses Mal gleich nach der Decke gestreckt hat und mit seinen Vorschlägen im Rahmen dessen geblieben ist, was von der Bundesregierung ohnehin zu erwarten war. Ursprünglich lag die Anforderung des Wissenschaftsrates für 1967 um rund 50 Millionen DM höher. Es ist Sache des Wissenschaftsrates, darüber zu befinden, ob er dieses Vorgehen für sachlich zweckmäßig hält. Im Zusammenhang mit den Plänen der Bundesregierung ist etwas anderes vorerst interessanter. Der Bundeskanzler hat in seinem Brief vom 21. Juni dieses Jahres an den Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz der Bundesländer bemerkt, die Bereitschaft der Bundesregierung zu einer Erhöhung der Mittel für den Hochschulbau sei unter der Voraussetzung gegeben, daß der Anteil des Bundes an der Einkommens- und Körperschaftssteuer weiterhin 39 v.H. betragen werde. Jedermann weiß aber, daß diese Erwartung unrealistisch ist.

Welche Folgerungen jedoch wird der Regierungschef ziehen, wenn der Anteil des Bundes geringer ausfällt? Wird es dank dabei bleiben, daß wenigstens 100 Millionen DM mehr für die Hochschulen bereitgestellt werden? Der Wissenschaftsminister weigert sich, ein Junktim zwischen diesen beiden Problemen zu setzen oder herzustellen, und er tut gut daran. Nur befindet sich Stoltenberg hier nicht in Übereinstimmung mit dem Brief des Regierungschefs. Man wird abwarten müssen, wer sich hier durchsetzt.

Abgesehen davon aber bliebe der Bund auch mit einer Erhöhung seiner Mittel um 100 Millionen DM hinter dem zurück, was die Bundesregierung selbst für die Hochschulen als notwendig bezeichnet hat. Es geht ja nicht nur um den Ausbau der bestehenden Universitäten, sondern zugleich um den zügigen Bau der geplanten

neuen Hochschulen. Ein Abkommen zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Finanzierung der neuen Hochschulen ist noch nicht in Sicht, und der Bundeshaushalt 1967 sieht in seinem Entwurf keinerlei konkrete finanzielle Verpflichtungen des Bundes für diesen Bereich vor. Im Bundesbericht Forschung I der Regierung wurde jedoch 1965 die Situation mit Recht so geschildert:

- \* "Die Kapazität der Bestehenden Hochschulen wird nach Voll-
- \* endung ihres Ausbaues gemäß Empfehlungen des Wissenschafts-
- \* rates und der darüber hinausgehenden Baumaßnahmen einzelner
- \* Länder für etwa 210 000 Studierende ausreichen. Durch die
- \* geplanten oder im Bau befindlichen neuen wissenschaftlichen
- \* Hochschulen entstehen weitere 33 000 Studienplätze. Nach
- \* der Verwirklichung all dieser Ausbau- und Neubaupläne kann
- \* also mit einer Gesamtkapazität von etwa 240 000 bis 255 000
- \* Studienplätzen gerechnet werden. Die Studierendenzahl wird
- \* sehr wahrscheinlich in 10 bis 15 Jahren weit höher sein
- \* als 255 000, zumal sich bereits ab 1970 die von den Ländern
- \* eingeleiteten Maßnahmen zur Steigerung der Abiturienten-
- \* zahlen auswirken werden."

Gemessen an dieser skizzierten Entwicklung kann man dem Optimismus des Forschungsministers nur mit Skepsis begegnen, und alle, die die Haushaltspolitik des Bundes im Bereich der Hochschulen für ausreichend halten, sollten sich einmal fragen, ob sie im Hinblick auf die schon bestehende Überfüllung mancher Fakultäten und die zu erwartende Gesamtsituation in den siebziger Jahren bei diesem Urteil bleiben können, die bezweifeln das nachdrücklich.

Im Bundesbericht Forschung I der Regierung kieß es weiter, daß der Anteil für Wissenschaft und Forschung bis 1970 auf drei v.H. des Bruttosozialprodukts gesteigert werden müsse. Die jetzt erkennbare mittelfristige Haushaltsplanung der Bundesregierung läßt nicht erkennen, wie dieses Ziel bis dahin erreicht werden soll, ganz abgesehen davon, daß im Bereich der Weltraumforschung und der Kernforschung und Entwicklung vieles einer sachlichen und methodischen Überprüfung bedarf. Der Rahmen, den der von der Bundesregierung 1965 vorgelegte Bundesbericht Forschung I für die Wissenschaftspolitik gegeben hat, bedarf finanziell und sachlich der Konkretisierung und Ausfüllung. Der Wissenschaftsminister hat sich bisher darauf beschränkt, den dringendsten Nachholbedarf zu befriedigen. Von einer Wissenschaftspolitik, die die technologische Entwicklung, die industrielle Forschung, den Ausbau der Hochschulen, und die Förderung der Forschung zu einem schlüssigen Konzept zusammenfaßt, sind wir noch weit entfernt.

Vor 40 Jahren

Eintritt Deutschlands in den Völkerbund am 10. September 1926

Von Dr. Manfred Geßner

Generalsekretär U Thant hat seine Absicht kundgegeben, nicht wieder für sein bisheriges Amt in der Weltorganisation zu kandidieren. Droht der UNO eine Krise? Wird sie das Schicksal ihres Vorgängers, des Völkerbundes ereilen?

Diese Fragen sind Anlaß genug, des Eintritts Deutschlands in den Bund vor 40 Jahren zu gedenken. Eine neue Seite in Buch der internationalen Beziehungen schien aufgeschlagen worden zu sein. Die Hoffnung bekam neuen Auftrieb, daß die Organisation ihren Auftrag für Frieden und Abrüstung nunmehr erfüllen könnte. Mitglieder der englischen Regierung hatten schon 1922 eingeschaut, daß das Deutsche Reich nicht länger ausgeschlossen bleiben dürfe. Die Verhältnisse in Europa konnten nicht konsolidiert werden, solange Deutschland weiterhin isoliert und damit diskreditiert würde. Aber noch war dafür die Zeit nicht reif. Selbst die Reichsregierung winkte zunächst ab. Bekanntlich war die Völkerbundssatzung Bestandteil des Versailler Vertrages mit seinen für Deutschland überaus harten Bedingungen. In seiner Rede vor den Delegierten in Genf erklärte denn auch Außenminister Stresemann: "Der Völkerbund ist... in mancher Beziehung... Erbe und Vollstrecker der Verträge von 1919."

Die meisten seiner Bedingungen wurden im Reich allgemein scharf abgelehnt. Bedeutete der Beitritt daher nicht die Anerkennung des gesamten Vertrages sowie eine Verschärfung der Auseinandersetzungen über die Kriegsschuldfrage, die in Art. 231 zuungunsten der Verlierer beantwortet worden war? Andererseits hatten die verantwortungsbewußten Kräfte des Weimarer Staates inzwischen erkannt, daß die Mitgliedschaft eine bessere Basis als bisher bot, den Forderungen nach allgemeiner Abrüstung, Änderung der Reparationsdirektiven und nach Wahrung der Interessen der deutschen Kinderheiten, Gewicht zu verleihen.

Die Reichsregierung revidierte u.a. aus diesen Erwägungen im September 1924 ihre Haltung. Allerdings machte sie einige Vorbehalte geltend. Vor allem sollte Deutschland von Exekutionsmaßnahmen des Bundes nach Art. 16 der Satzung gegen friedensstrebende Staaten befreit sein. Da es bis auf 100 000 Mann abgerüstet hatte, wurde es in "den meisten denkbaren Fällen... zum Schauplatz europäischer Völkerbundeskriege geradezu prädestiniert" gewesen. Diese Einwände stießen auf Verständnis, und am 10. September 1926 wurde Deutschland in den Kreis der Mitglieder mit Sitz im Völkerbundesrat aufgenommen.

Zwar führten Gustav Stresemann und Frankreichs Außenminister Briand wenige Tage später ihr bereits historisch gewordenen Gespräch in Thoiry, um die Entspannung zwischen beiden Staaten anzuknüpfen, doch es gehört zu den bittersten zeitgeschichtlichen Wahrheiten, daß weder diese Zusammenkunft noch die supranationale Institution in Genf die in sie gesetzten Erwartungen erfüllte. Ihre Satzung stand wirksamen kollektiven Maßnahmen zur Wahrung des Friedens weitgehend entgegen. Nationaler Egoismus war stärker als die Einsicht in die Notwendigkeit durchgreifender Reformen. Hier liegt auch der Schlüssel für die Zukunft der UNO. Sie wird nur dann die ihr zugedachte Rolle spielen können, wenn die Mächtigen dieser Erde bereit sind, aus den Vorläufen des Völkerbundes die Konsequenzen für die heutige Weltorganisation zu ziehen.

Israels Gewerkschaften wollen besseren Kontakt mit dem DGB

---

Neuer Mann bei der Histadruth

Von unserem Korrespondenten in Israel J.E. Palmon

Seit einigen Monaten steht ein neuer Mann an der Spitze der politischen Abteilung der Histadruth, der Zentralgewerkschaft Israels: Siegmund Hering. Hering hat kürzlich von sich reden gemacht, als er auf Sitzungen der Histadruth und in der Presse mit Nachdruck für Verstärkung der Zusammenarbeit mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) eintrat. Hering war im zweiten Weltkrieg Soldat in der Jüdischen Brigade und setzte sich bei Kriegsende mit einem falschen Pass auf den Namen Hermann Goldstein ab. Unter diesem Namen arbeitete er über zwei Jahre in den Lagern der Flüchtlinge (DP's) und kämpfte für die Auswanderung der Hitler-Opfer in das spätere Israel. Seine Vergangenheit prädestiniert ihn nicht unbedingt zur Deutschfreundlichkeit; in früheren Jahren hat er auch Verbindung mit Deutschen im allgemeinen abgelehnt.

Nach seiner Rückkehr aus Europa hat Hering in der israelischen Arbeiterpartei Mapei gearbeitet, hat dann nochmals in England studiert und seine Erfahrungen in einem wichtigen Buch über die britische Arbeiterbewegung niedergelegt. Vor einigen Monaten wurde dieser, mit internationalen Erfahrungen ausgerüstete Mann an die Spitze der internationalen Abteilung des israelischen Gewerkschaftsbundes Histadruth berufen. Hering selbst erzählt, daß er kurz nach seinem Amtsantritt zur Tagung des DGB nach Berlin eingeladen wurde, jedoch der Einladung aus grundsätzlichen Erwägungen keine Folge leistete. Dann kam jedoch die große Wendung: Er traf auf einer Konferenz des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) mit den Vertretern des DGB zusammen, die sich bitter darüber beschwerten, daß die Histadruth sich dem Ausbau der Beziehungen zum Deutschen Gewerkschaftsbund entziehe.

Hering ließ sich überzeugen, und seit diesem Treffen ist er ein eifriger Anhänger der Kooperation mit dem DGB und bemüht sich jetzt um Entsendung einer offiziellen Delegation der Histadruth,

die die DGB Zentrale und Institutionen des Deutschen Gewerkschaftsbundes besuchen soll.

Hering betont mit Nachdruck, daß es für ihn nicht um Ideologien, nicht um eine grundsätzliche Stellungnahme zu "Deutschland" geht. Er hat eingesehen, daß der DGB in der internationalen Gewerkschaftsbewegung eine wichtige Rolle spielt. Weiteres Abseitsstehen kann Israel nur schaden - "und um der Interessen Israels willen bin ich für Kooperation mit dem DGB". Hering verweist auf die Änderung in der Zusammenarbeit der Mitgliedschaft des IBFG, in dem die Entwicklungsländer immer mehr in den Vordergrund treten. Zusammenarbeit Israels mit allen großen und wichtigen Gewerkschaftsbünden ist angesichts der Umschichtung für Israel wichtig, und daher plädiert Hering für Annäherung an den DGB. Der leitende Ausschuß der Histadruth dürfte in nächster Zeit über die Vorschläge Herings entscheiden.

An sich gibt es schon eine vielseitige Zusammenarbeit zwischen Histadruth und DGB, wie sie letztere auch in der Gründung einer gemeinsamen Wohnbaugesellschaft mit der deutschen "Neue Heimat" zum Ausdruck kam. Das Reisebüro der Histadruth "Histour" hat es sich zur Aufgabe gesetzt, Gewerkschaftlern und Sozialisten einen persönlichen Eindruck vom neuen Israel zu vermitteln und hat schon viele Studiengruppen (besonders von Jugendlichen) zu Besuchen nach Israel gebracht.

Auf der "amtlichen Ebene" wird die Zusammenarbeit intensiviert werden, da der DGB-Vertreter Oskar Beyer zum Sozialattaché bei der deutschen Botschaft in Tel-Aviv ernannt wurde. Beyer sollte zuerst als Verbindungsmann des DGB nach Israel kommen, um die Kontakte zur Histadruth intensiver zu gestalten. Jetzt wird er auf "amtlicher Ebene" arbeiten wozu noch zu bemerken ist, daß die Regierung Israels und der Histadruth die Ernennung eines Gewerkschaftlers zum Arbeits-Attaché sehr begrüßen. Alle diese Formen der Zusammenarbeit beziehen sich jedoch auf Israel: Herings Vorschlag soll in die umgekehrte Richtung - zu einem Histadruth-Besuch in Deutschland - führen.